



Kreis Rendsburg-Eckernförde
Der Landrat

Fraktionsantrag	Vorlage-Nr: VO/2022/384-001
- öffentlich -	Datum: 29.06.2022
Fachdienst Gremien und Recht	Ansprechpartner/in: Nina Fiedler
	Bearbeiter/in: Ostermeyer, Christiane
Anfrage der Kreistagsfraktion Die Linke zur Psychiatrie imland Klinik: Sicherheit Personal	
vorgesehene Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
14.07.2022	Hauptausschuss
	Zuständigkeit

Beschlussvorschlag:

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:

entfällt

2. Sachverhalt:

Es handelt sich um eine Anfrage nach § 26 GO der Kreistagsfraktion Die Linke.

Der Sachverhalt ergibt sich aus der als Anlage beigefügten Anfrage der Kreistagsfraktion Die Linke vom 19.06.2022..

Relevanz für den Klimaschutz:

entfällt

Finanzielle Auswirkungen:

Anlage/n:

Anfrage der Kreistagsfraktion Die Linke: Sicherheit Personal

KreistagsmitgliederAnissa Heinrichs
Maximilian Reimers**bürgerliche Fraktionsmitglieder**Hans-Werner Machemehl
Sebastian HeckKaiserstraße 8
24768 Rendsburg
Telefon 04331 335753
Telefax 04331 535754
kreistag@inke-rdeck.de
www.linke-rdeck.de/kreistag

DIE LINKE. Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde · Kaiserstraße 8 · 24768 Rendsburg

An den Vorsitzenden
des Hauptausschusses
des Kreises Rendsburg-Eckernförde
- Herrn Schulz -

Rendsburg, den 18.06.2022

Anfrage psychiatrische Abteilung der imland Klinik – Sicherheit des Personals
Hauptausschuss am 14.7.22Sehr geehrter Herr Schultz,
Sehr geehrter Herr Dr. Doigner,
Sehr geehrte Ausschussmitglieder,

zur psychiatrischen Versorgung durch die imland Klinik im Bezug auf die Sicherheit des Personals hat die Fraktion DIE LINKE nachfolgenden Fragen:

Beschäftigte auf der psychiatrischen Station sind des Öfteren besonderen Gefahren durch Patient:innen ausgesetzt. Es ist keine Seltenheit, dass Personal durch Behandelte im psychischen Ausnahmezustand auch körperlich angegangen werden. Für Stationen mit solch einem Anspruch sind besondere Sicherheitsvorkehrungen nötig.

1. Welche speziellen Sicherheitsmaßnahmen (in Form von zum Beispiel baulichen Vorkehrungen) sind für eine psychiatrische Station mit Kapazitäten für Menschen in akuten selbst- und fremdgefährdenden Ausnahmezuständen, wie in Rendsburg der Fall, fachlich nötig?
2. Gibt es die baulichen Vorkehrungen für eine solche psychiatrische Station in Eckernförde? Wenn ja, welche?
3. Ist es möglich die nötigen baulichen Vorkehrungen im Eckernförder Klinikgebäude "nachzurüsten"?
4. Wenn ja, wie lange dauert die Nachrüstung der jeweiligen baulichen Vorkehrungen?
5. Sollten selbst- oder fremdverletzende Ausnahmezustände bei Patient:innen zu Verletzungen bei ihnen oder Beschäftigten führen, wird nicht selten die Hilfe von Chirurg:innen nötig. Wie ist das Konzept der Geschäftsführung auf dieses Szenario eingestellt? Welche Kapazitäten für chirurgische Hilfe sollen im in Eckernförde für solche Fälle vorgehalten werden?

Maximilian Reimers



Kreis Rendsburg-Eckernförde
Der Landrat

Fraktionsantrag	Vorlage-Nr:	VO/2022/385-001
- öffentlich -	Datum:	29.06.2022
Fachdienst Gremien und Recht	Ansprechpartner/in:	Nina Fiedler
	Bearbeiter/in:	Ostermeyer, Christiane
Anfrage der Kreistagsfraktion Die Linke zur Psychiatrie imland Klinik: Erreichbarkeit durch die Polizei		
vorgesehene Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
14.07.2022	Hauptausschuss	

Beschlussvorschlag:

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:

entfällt

2. Sachverhalt:

Es handelt sich um eine Anfrage nach § 26 der Geschäftsordnung für den Kreistag.

Der Sachverhalt ergibt sich aus der als Anlage beigefügten Anfrage der Kreistagsfraktion Die Linke vom 19.06.2022.

Relevanz für den Klimaschutz:

entfällt

Finanzielle Auswirkungen:

Anlage/n:

Anfrage der Kreistagsfraktion Die Linke: Erreichbarkeit für die Polizei

KreistagsmitgliederAnissa Heinrichs
Maximilian Reimers**bürgerliche Fraktionsmitglieder**Hans-Werner Machemehl
Sebastian HeckKaiserstraße 8
24768 Rendsburg
Telefon 04331 335753
Telefax 04331 535754
kreistag@inke-rdeck.de
www.linke-rdeck.de/kreistag

DIE LINKE. Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde · Kaiserstraße 8 · 24768 Rendsburg

An den Vorsitzenden
des Hauptausschusses
des Kreises Rendsburg-Eckernförde
- Herrn Schulz -

Rendsburg, den 18.06.2022

Anfrage psychiatrische Abteilung der imland Klinik - Erreichbarkeit durch die Polizei**Hauptausschuss am 14.7.22**Sehr geehrter Herr Schultz,
Sehr geehrter Herr Dr. Doigner,
Sehr geehrte Ausschussmitglieder,

zur psychiatrischen Versorgung durch die imland Klinik“ im Bezug auf die Erreichbarkeit hat die Fraktion DIE LINKE die nachfolgenden Fragen:

Neben Sicherheit durch bauliche Maßnahmen, ist es anscheinend üblich, um sogenannte "Amtshilfe" zu bitten. Das heißt, Polizist:innen werden um Hilfe und Schutz bei gefährlichen Situationen gebeten. Der Weg in Rendsburg ist kurz (350m), die Polizist:innen sind schnell vor Ort und mittlerweile eingespielt.

1. Inwieweit wurde mit der Polizei Eckernförde über diese neuen Umstände für ihren Einsatzbereich gesprochen?
2. Gibt es Kenntnis darüber, wie viele Bitten um Amtshilfe – also Polizeieinsätze – im Rahmen der psychiatrischen Station in Rendsburg jährlich etwa stattfinden?
3. Welche Kapazitäten hat die Polizei in Eckernförde solche zusätzlichen Fälle zu betreuen?
4. Die Polizeiwache in Eckernförde ist fast 10x weiter entfernt (3,2km) vom Klinikgebäude als in Rendsburg. Wie ist geplant, die verlängerte Reaktionszeit in akuten Gefahrensituationen auszugleichen?

Maximilian Reimrs



Kreis Rendsburg-Eckernförde
Der Landrat

Fraktionsantrag	Vorlage-Nr:	VO/2022/386-001
- öffentlich -	Datum:	30.06.2022
Fachdienst Gremien und Recht	Ansprechpartner/in:	Nina Fiedler
	Bearbeiter/in:	Ostermeyer, Christiane
Anfrage der Kreistagsfraktion Die Linke zur Psychiatrie imland Klinik: Infrastruktur		
vorgesehene Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
14.07.2022	Hauptausschuss	

Beschlussvorschlag:

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:

entfällt

2. Sachverhalt:

Es handelt sich um eine Anfrage nach § 26 der Geschäftsordnung für den Kreistag.

Der Sachverhalt ergibt sich aus der als Anlage beigefügten Anfrage der Kreistagsfraktion Die Linke vom 19.06.2022.

Relevanz für den Klimaschutz:

entfällt

Finanzielle Auswirkungen:

Anlage/n:

Anfrage der Kreistagsfraktion die Linke: Infrastruktur

KreistagsmitgliederAnissa Heinrichs
Maximilian Reimers**bürgerliche Fraktionsmitglieder**Hans-Werner Machemehl
Sebastian HeckKaiserstraße 8
24768 Rendsburg
Telefon 04331 335753
Telefax 04331 535754
kreistag@inke-rdeck.de
www.linke-rdeck.de/kreistag

DIE LINKE. Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde · Kaiserstraße 8 · 24768 Rendsburg

An den Vorsitzenden
des Hauptausschusses
des Kreises Rendsburg-Eckernförde
- Herrn Schulz -

Rendsburg, den 18.06.2022

**Anfrage psychiatrische Abteilung der imland Klinik - Infrastruktur
Hauptausschuss am 14.7.22**

Sehr geehrter Herr Schultz,
Sehr geehrter Herr Dr. Doigner,
Sehr geehrte Ausschussmitglieder,

zur psychiatrischen Versorgung durch die imland Klinik im Bezug zur Infrastruktur hat die Fraktion DIE LINKE die nachfolgenden Fragen:

Ämter und Sozialdienstleister haben in Rendsburg über Jahre eine weite Infrastruktur zur begleitenden Betreuung von Menschen in psychischen Ausnahmezuständen aufgebaut.

Diese Infrastruktur bietet neben essentieller Unterstützung der stationären Betreuung auch etliche Arbeitsplätze vor Ort.

1. Wie ist die Landschaft für begleitende Angebote zur psychologischen stationären Betreuung in Eckernförde aufgestellt?
2. Wie wurde bisher auf Sozialdienstleister zugegangen für einen möglichen Umzug/Neuaufbau von solchen Strukturen in Eckernförde?
3. Welche Vorkehrungen wurden mit Sozialdienstleistern in Eckernförde für einen möglichen Aufbau einer neuen psychiatrischen Station getroffen?

Maximilian Reimers



Kreis Rendsburg-Eckernförde
Der Landrat

Fraktionsantrag	Vorlage-Nr:	VO/2022/387-001
- öffentlich -	Datum:	30.06.2022
Fachdienst Gremien und Recht	Ansprechpartner/in:	Nina Fiedler
	Bearbeiter/in:	Ostermeyer, Christiane
Anfrage der Kreistagsfraktion Die Linke zur Psychiatrie imland Klinik: Erreichbarkeit		
vorgesehene Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
14.07.2022	Hauptausschuss	

Beschlussvorschlag:

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:

entfällt

2. Sachverhalt:

Es handelt sich um eine Anfrage nach § 26 der Geschäftsordnung für den Kreistag.

Der Sachverhalt ergibt sich aus der als Anlage beigefügten Anfrage der Kreistagsfraktion Die Linke vom 19.06.2022.

Relevanz für den Klimaschutz:

entfällt

Finanzielle Auswirkungen:

Anlage/n:

Anfrage der Kreistagsfraktion Die Linke: Erreichbarkeit

KreistagsmitgliederAnissa Heinrichs
Maximilian Reimers**bürgerliche Fraktionsmitglieder**Hans-Werner Machemehl
Sebastian HeckKaiserstraße 8
24768 Rendsburg
Telefon 04331 335753
Telefax 04331 535754
kreistag@inke-rdeck.de
www.linke-rdeck.de/kreistag

DIE LINKE. Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde · Kaiserstraße 8 · 24768 Rendsburg

An den Vorsitzenden
des Hauptausschusses
des Kreises Rendsburg-Eckernförde
- Herrn Schulz -

Rendsburg, den 18.06.2022

**Anfrage psychiatrische Abteilung der imland Klinik - Erreichbarkeit
Hauptausschuss am 14.7.22**Sehr geehrter Herr Schultz,
Sehr geehrter Herr Dr. Doigner,
Sehr geehrte Ausschussmitglieder,

zur psychiatrischen Versorgung durch die imland Klinik im Bezug zur Erreichbarkeit im Kreis Rendsburg-Eckernförde hat die Fraktion DIE LINKE die nachfolgenden Fragen:

1. Wie ist die Klinik in ECK für Menschen aus der Region Rendsburg erreichbar, insbesondere mit den öffentlichen Verkehrsmitteln? (Verkehrsmitteltypen, Umstiege, Fahrzeiten)
2. Ist sichergestellt, dass ambulante Patient*innen und Besucher*innen mit regelmäßig verkehrendem ÖPNV zu den entsprechenden Zeiten an- und abreisen können? Wie verhält es sich für Berufspendler*innen (Vergleiche Frage zum Spritpreis)

Maximilian Reimers



Kreis Rendsburg-Eckernförde
Der Landrat

Fraktionsantrag	Vorlage-Nr:	VO/2022/388-001
- öffentlich -	Datum:	29.06.2022
Fachdienst Gremien und Recht	Ansprechpartner/in:	Nina Fiedler
	Bearbeiter/in:	Ostermeyer, Christiane
Anfrage der Kreistagsfraktion Die Linke zur Psychiatrie imland Klinik: Personal		
vorgesehene Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
14.07.2022	Hauptausschuss	

Beschlussvorschlag:

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:
entfällt

2. Sachverhalt:

Es handelt sich um eine Anfrage nach § 26 der Geschäftsordnung für den Kreistag.

Der Sachverhalt ergibt sich aus der als Anlage beigefügten Anfrage der Kreistagsfraktion Die Linke vom 19.06.2022.

Relevanz für den Klimaschutz:
entfällt

Finanzielle Auswirkungen:

Anlage/n:

Anfrage der Kreistagsfraktion Die Linke: Personal

KreistagsmitgliederAnissa Heinrichs
Maximilian Reimers**bürgerliche Fraktionsmitglieder**Hans-Werner Machemehl
Sebastian HeckKaiserstraße 8
24768 Rendsburg
Telefon 04331 335753
Telefax 04331 535754
kreistag@inke-rdeck.de
www.linke-rdeck.de/kreistag

DIE LINKE. Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde · Kaiserstraße 8 · 24768 Rendsburg

An den Vorsitzenden
des Hauptausschusses
des Kreises Rendsburg-Eckernförde
- Herrn Schulz -

Rendsburg, den 18.06.2022

**Anfrage psychiatrische Abteilung der imland Klinik - Personal
Hauptausschuss am 14.7.22**Sehr geehrter Herr Schultz,
Sehr geehrter Herr Dr. Doigner,
Sehr geehrte Ausschussmitglieder,

zur psychiatrischen Versorgung durch die imland Klinik im Bezug zum Aufwand des Personals hat die Fraktion DIE LINKE die nachfolgenden Fragen:

Neben dem Unmut des Personals der Station in keinerlei Vorgespräch einbezogen worden zu sein, droht den meisten Beschäftigten ein hohes Maß an Mehrkosten und Mehrbelastung durch den möglichen Umzug ihrer Station.

Die meisten unseres Fachpersonals wohnen lange und gerne Rendsburg.

1. Wie wirkt sich die täglich längere Fahrzeit auf die Arbeitsqualität der Beschäftigten aus? Wurde hierzu bereits mit Arbeiter:innenvertretung wie Betriebsrat oder Gewerkschaft gesprochen?
2. Wie kann der Kreis Beschäftigte unterstützen, die sich im Falle eines Umzugs der Station Mieten in Eckernförde nicht leisten können?
3. Wie wird sichergestellt, dass - besonders vorm Hintergrund von enorm steigenden Energiepreisen - Beschäftigte nicht bloß für Sprit zur 8 Stunden täglich zur Arbeit fahren?

Maximilian Reimers



Kreis Rendsburg-Eckernförde
Der Landrat

Mitteilungsvorlage	Vorlage-Nr:	VO/2022/345
- öffentlich -	Datum:	28.04.2022
Fachdienst Kinder, Jugend, Sport	Ansprechpartner/in	Voerste, Thomas
	: Bearbeiter/in:	Röschmann, Marco
Informationen über die Neuregelungen aufgrund des Gesetzes zur Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts		
vorgesehene Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
18.05.2022	Jugendhilfeausschuss	Kenntnisnahme
14.07.2022	Hauptausschuss	Kenntnisnahme

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit: entfällt

2. Sachverhalt:

Die Verwaltung informiert die Politik mit dieser Vorlage über anstehende Veränderungen im Vormundschafts- und Betreuungsrecht.

Am 01.01.2023 tritt das „Gesetz zur Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts vom 4. Mai 2021“ in Kraft.

Die neuen Inhalte im Vormundschaftsrecht beziehen sich im Wesentlichen auf folgende Schwerpunkte:

- die Einführung eines zusätzlichen Pflegers,
- die Einführung der Möglichkeit, Sorgeangelegenheiten zwischen Vormund und Erziehungsperson – etwa den Pflegeeltern – zu teilen
- die stärkere Orientierung der Eignung und Auswahl des Vormunds am Wunsch und Bedarf des Kindes
- der Vorrang der ehrenamtlichen Vormundschaft bei Gleichstellung aller anderen drei Formen der Vormundschaft
- die Einführung einer vorläufigen Vormundschaft
- das Gebot der funktionellen, organisatorischen und personellen Trennung der Aufgaben der Amtsvormundschaft von anderen Tätigkeitsbereichen des Jugendamtes

Diese Gesetzesreform stellt zukünftig größere Herausforderungen in der verwaltungsmäßigen Bearbeitung und im Verfahrensablauf im Bereich der Fachgruppe Amtsvormundschaft/Beistandschaft dar. Diese werden nachstehend näher dargestellt. Aus Gründen der Vereinfachung wird nachfolgend nur der Begriff Vormundschaft verwendet. Für die Pflegschaft gem. §§ 1809 BGB n.F. gilt das Dargestellte jedoch überwiegend auch.

A. – Personensorge für Minderjährige stärken

Das neue Vormundschaftsrecht setzt den Weg des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes fort, indem es die Kinderrechte jetzt mit §§ 1788, 1790 Abs. II BGB n.F. zentral platziert. Danach werden mehr als bisher die Kinderrechte gestärkt.

Hierbei ist ausdrücklich die Beteiligung des Mündels in „ihn betreffende Angelegenheiten“ aufgelistet. Der Amtsvormund hat die Angelegenheiten der Personensorge und Vermögenssorge zu besprechen und den Mündel an der Entscheidung zu beteiligen. Dies wird zu einem erweiterten Gesprächsbedarf mit dem Mündel führen. Die nach Ermessen des Vormunds notwendigen regelmäßigen Kontakte müssen ggf. spontan anlassbezogen erweitert werden, um auch in aktuellen Entscheidungssituationen einer Beteiligung gerecht zu werden.

Zusätzlich zur Arbeit als Sorgeberechtigter soll der Vormund gemäß § 1790 BGB n.F. ausdrücklich die Eltern zum Wohle der Kinder einbeziehen und ihnen Auskunft erteilen, soweit dies dem Wohl des Kindes entspricht und der Wille des Mündels nicht entgegensteht.

Hier wird ein erheblicher Mehraufwand für den einzelnen Amtsvormund erwartet.

B. – ehrenamtliche Vormundschaft stärken

Ebenso erfährt die ehrenamtliche Vormundschaft eine Stärkung durch den zukünftig ausdrücklichen Vorrang des Ehrenamtes vor den anderen Formen der Vormundschaft (§ 1779 Abs.2 BGB n.F.).

Die schon jetzt bestehende Verpflichtung des Jugendamtes, dem Gericht einen geeigneten Vormund vorzuschlagen (§ 53 Abs. 1 SGB VIII) wird ab 2023 dahingehend ergänzt, dass dem Jugendamt (die Amtsvormundschaft) gegenüber dem Gericht eine Begründungspflicht auferlegt wird, wenn kein geeigneter (ehrenamtlicher) Vormund gefunden werden konnte.

Zwar verfolgt die Vormundschaft im Kreis den Vorrang des Ehrenamtes nach aktueller Gesetzeslage bereits schon seit 2015, gemeinsam mit dem Projekt „Ehrenamtliche Vormundschaft“ der Diakonie. Mit der neuen Gesetzeslage müssen hier allerdings künftig noch mehr Anstrengungen unternommen werden, um dem Vorrang der ehrenamtlichen Vormundschaft Rechnung zu tragen. Dies wird sich in erhöhtem Arbeitsaufwand niederschlagen.

Das Projektes „Ehrenamtliche Vormundschaft“ in der jetzigen Form wird voraussichtlich nicht ausreichen, sollten die Gerichte von der „vorübergehenden Vormundschaft“ umfangreich Gebrauch machen. Zurzeit vermittelt die Diakonie ca.10-12 Vormundschaften pro Jahr, betreuen aktive ehrenamtliche Vormünder und akquiriert neue potentielle Kandidaten für die ehrenamtliche Vormundschaft. Dies dürfte mehr werden, wenn die Änderungen durch die Gerichte konsequent angewendet werden und der Vorrang der ehrenamtlichen Vormundschaft durch die Richterschaft – insbesondere nach Ablauf der vorübergehenden Vormundschaft umgesetzt wird.

Durch die Einsetzung eines zusätzlichen Pflegers (§1776 BGB n.F.) bzw. Übertragung von Sorgeangelegenheiten auf die Pflegeperson als Pfleger (§ 1777 BGB n.F.) ergibt sich aufgrund § 1792 BGB n.F. bei Beteiligung der

Amtsvormundschaft ein erhöhter Gesprächsbedarf zwischen den eingesetzten Sorgeberechtigten, der noch genauer zu beziffern sein wird.

C. Bereits bestehende Herausforderungen für die Vormundschaften im Kreis

- Ein Vormund ist für rund 50 Mündel zuständig. Damit kann die verpflichtende gesetzliche Fallzahl je Fachkraft grundsätzlich eingehalten werden
- Da „einfache“ Fälle regelmäßig an ehrenamtliche Vormünder übertragen werden, bleiben jedoch die besonders herausfordernden Fälle bei den Amtsvormündern. Der Fachkraft/Kind-Schlüssel ist eigentlich als „Mischkalkulation“ zwischen leichteren und komplexeren Fällen angelegt
- Gegenwärtig stehen den Amtsvormündern effektiv im Schnitt 47 Minuten pro Woche pro Mündel zur Verfügung (rund 3 Stunden im Monat)
- In diese Betreuungszeiten sind die Fahrtzeiten im Kreis einzuberechnen, die auf Grund der Fläche durchaus eine Stunde und mehr betragen können
- Dadurch ist das Einhalten der verpflichtenden, mindestens monatlichen persönlichen Kontakte zum Mündel nicht immer möglich

D. Stellenmehrbedarf aufgrund gesetzlicher Änderungen?

Aus den geänderten Vorschriften verändern sich die Anforderungen an die Vormünder. Viele Jugendämter in Schleswig-Holstein haben daraufhin bereits zusätzliches Personal eingestellt oder erwägen dies. Die Verwaltung wird in den kommenden Wochen prüfen, ob auch im Kreis ein höherer Bedarf an Planstellen entsteht. Dazu wird der erwartete Mehraufwand nochmals konkretisiert, alternative Lösungen zur Bewältigung eines möglichen Mehraufwandes geprüft (z.B. durch Ehrenamt oder Berufsbetreuer) und der Vergleich mit anderen Jugendämtern in Schleswig-Holstein herangezogen. Dabei soll auch in den Blick genommen werden, welche Lösungen dort gefunden wurden. Geplant ist bereits die Durchführung einer gemeinsamen Fachtagung/Fortbildung mit dem Thema „*Vormundschaftsreform - Personelle Auswirkungen auf die Jugendämter*“.

Nach Vorliegen von weitergehenden Ergebnissen wird die Verwaltung zeitnah berichten.

Konnexität ist nicht vereinbart.

Es wird um Kenntnisnahme gebeten.

Relevanz für den Klimaschutz: entfällt

Finanzielle Auswirkungen:

Anlage/n:



Kreis Rendsburg-Eckernförde
Der Landrat

Mitteilungsvorlage	Vorlage-Nr:	VO/2022/352-001
- öffentlich -	Datum:	18.05.2022
Fachdienst Schul- und Kulturwesen	Ansprechpartner/in:	Voerste, Thomas
	Bearbeiter/in:	Engel, Stefan
Organisationsuntersuchung Fachdienst Schul- und Kulturwesen		
vorgesehene Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
14.07.2022	Hauptausschuss	Kenntnisnahme

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit: Keine

2. Sachverhalt:

Der Sachverhalt ist der Ursprungsvorlage zu entnehmen.

Relevanz für den Klimaschutz: Keine

Finanzielle Auswirkungen: Ca. 24.000 €

Anlage/n:

Steckbrief der Organisationsuntersuchung des FD 5.4



Steckbrief zu Chancen einer Organisationsuntersuchung des Fachdienstes Schul- und Kulturwesen

Ausgangslage in Stichworten

- Im Fachdienst sind gegenwärtig 33 sozialpädagogische Assistentinnen und vier Schulsekretärinnen sowie 20 Verwaltungsangestellte bzw. Beamte beschäftigt. Die Mitarbeitenden arbeiten entweder direkt an einer Schule, in der unteren Schulaufsicht oder im Kern der Kreisverwaltung
- Die z.T. dezentrale Verortung der Arbeitsplätze und die Einbindung vieler Kolleginnen und Kollegen in andere Hierarchien (Schule) ist eine große Herausforderung
- Die Fachdienstleitung hat eine ausgesprochen große Leitungsspanne zu bewältigen (1:57)
- Die Aufgabenverteilung insb. innerhalb der Kernverwaltung ist nicht transparent, Digitalisierungspotenziale noch nicht identifiziert

Zielrichtung für einen Organisationsentwicklungsprozess

Herausforderung	Strategisches Ziel	Operative Ziele/ Auftrag der Organisationsuntersuchung
Die hohe Leitungsspanne und die Vielfalt an Aufgaben mit unterschiedlichen Anforderungsniveaus stellen eine große Herausforderung für die Fachdienstleitung dar und erhöhen nicht die Attraktivität dieses Arbeitsplatzes	Die Struktur des Fachdienstes ist überprüft und optimiert	Es ist geprüft, ob ein veränderter Aufgabenzuschnitt oder eine Anpassung der Aufbauorganisation die Steuerbarkeit des Fachdienstes optimieren kann. Es gibt einen Umsetzungsvorschlag.
Bei den Mitarbeitenden des Fachdienstes, insbesondere in der unteren Schulaufsicht und im „Kernbereich“, herrscht ein Gefühl der Überlastung vor. Auf Grund eines zeitweise hohen Krankenstandes wurden Aufgaben zwischen den Fachkräften verschoben. Zuständigkeiten wurden	Die Aufgabenverteilung innerhalb des Fachdienstes ist transparent, effektiv und effizient geregelt	<ul style="list-style-type: none">• Die Aufgabenverteilung innerhalb der Fachgruppe ist effizient gestaltet.• Die Aufgabenverteilung in der Fachgruppe ist für alle Mitarbeitenden transparent geregelt• Vertretungsregelungen sind in der Fachgruppe getroffen.

unübersichtlich, tatsächliche Überlastungen schwerer erkennbar.		<ul style="list-style-type: none">• Optimierungspotenziale/Digitalisierungspotenziale in den Verwaltungsabläufen sind identifiziert.• Es gibt eine objektive Grundlage zur Bemessung des Personalbedarfs
Die Aufgaben werden im Fachdienst überwiegend „klassisch“ erledigt	Es gibt eine Digitalisierungsstrategie für den Fachdienst	Die wichtigsten Aufgaben im Fachdienst sind auf Digitalisierungspotenziale geprüft, priorisiert und es gibt einen Plan zur Abarbeitung



Kreis Rendsburg-Eckernförde
Der Landrat

Beschlussvorlage öffentlich	Vorlage-Nr: VO/2022/389	
- öffentlich -	Datum: 15.06.2022	
Fachdienst Kommunales und Ordnung	Ansprechpartner/in: Dr. Kruse, Martin	
	Bearbeiter/in: Förster, Nils	
Wahl der Beisitzerinnen und Beisitzer und Stellvertreterinnen und Stellvertreter für den Kreiswahlausschuss zur Kommunalwahl 2023		
vorgesehene Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
14.07.2022	Hauptausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss wählt folgende Beisitzerinnen und Beisitzer, sowie stellvertretende Beisitzerinnen und Beisitzer in den Kreiswahlausschuss für die Kommunalwahl 2023:

Beisitzerin / Beisitzer	Stellvertretende Beisitzerin / Beisitzer
Reimer Tank, Mörel	Hans-Claus Schnack, Klein Wittensee
Hans Peter Robin, Rendsburg	Uwe Fischer, Eckernförde
Wolfgang Seider, Bredenbek	Roland Axmann, Rieseby
Solveyg Stauch, Osterby	Meike Siemen, Eckernförde
Ronja Eidtmann, Fockbek	Marco Banaski, Büdelsdorf
Samuel Rothberger, Rendsburg	Sebastian Heck, Osterrönfeld
Ralf-Svend Sopha, Eckernförde	Stefanie Plath, Rieseby
Kevin Dorow, Ascheffel	Uta Embke, Büdelsdorf

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:
entfällt

2. Sachverhalt:

Der Kreistag hat am 13. Juni 2022 gemäß § 12 Abs. 3 GKWG die Befugnis zur Wahl der Beisitzerinnen und Beisitzer und Stellvertreterinnen und Stellvertreter für den Kreiswahlausschuss zur Kommunalwahl 2023 auf den Hauptausschuss übertragen.

Entsprechend der Vorgabe des Kreistages wurden die Parteien gebeten, Wahlberechtigte für den Kreiswahlausschuss zu benennen.

Folgende Personen wurden vorgeschlagen:

Beisitzerin / Beisitzer	Stellvertretende Beisitzerin / Beisitzer
Reimer Tank, Mörel	Hans-Claus Schnack, Klein Wittensee
Hans Peter Robin, Rendsburg	Uwe Fischer, Eckernförde
Wolfgang Seider, Bredenbek	Roland Axmann, Rieseby
Solveyg Stauch, Osterby	Meike Siemsen, Eckernförde
Ronja Eidtmann, Fockbek	Marco Banaski, Büdelsdorf
Samuel Rothberger, Rendsburg	Sebastian Heck, Osterrönfeld
Ralf-Svend Sopha, Eckernförde	Stefanie Plath, Rieseby
Kevin Dorow, Ascheffel	Uta Embke, Büdelsdorf

Relevanz für den Klimaschutz:

entfällt

Finanzielle Auswirkungen:

entfällt

Anlage/n: